Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 112 (2018)
Heft: 9

Artikel: Wer garantiert die Sorgfalt von Schweizer Konzernen?
Autor: Wiegand, Remo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-816574

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wer garantiert die Sorgfalt von Schweizer Konzernen?

Remo Wiegand

Schweizer Grossunternehmen sollen für ihr Handeln im Ausland geradestehen. Das will die Konzernverantwortungsinitiative. Sind Gesetze ein guter Weg, um Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden zu verhindern? Debattenbeiträge von zuversichtlichen Unternehmen und skeptischen Theologen.

Der Zuger Zementhersteller LafargeHolcim hat jahrelang Rohstoffe aus einer ugandischen Mine bezogen, in der Kinder Arbeit verrichteten. Die Firma beendet die Zusammenarbeit mit der Mine, leistet aber keine Wiedergutmachung an die Opfer. Der Basler Agrochemie-Konzern Syngenta verkauft in vielen Ländern das Pflanzenschutzmittel Paraquat, das in der Schweiz seit 1989 verboten ist. Syngenta ist damit mitverantwortlich für Tausende von Vergiftungsfällen jährlich.

Schweizer Konzerne produzierten in den letzten Jahren im Ausland regelmässig schlechte Nachrichten. Für Fastenopfer und Brot für alle haben die Vergehen System und gehen über Einzelfälle hinaus: So beziehen sich gemäss einer Studie der beiden Hilfswerke von 2016 nur 22 der 200 grössten Schweizer Unternehmen in ihrer Geschäftskommunikation auf die *UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*. Auffällig: Verhältnismässig vorbildlich sind die allergrössten Unternehmen, gerade jene, die im Visier von Kampagnen der Hilfswerke standen. So führe LafargeHolcim vorbildliche Risiko- und Wirkungsanalysen bei Teilen seiner ausländischen Zulieferer durch und arbeite für Menschenrechtsberichte mit Arbeitnehmenden und lokalen Gemeinschaften zusammen.

Machtdemonstration der Zivilgesellschaft

Die Hilfswerke sehen sich bestätigt: Ihr Druck bewirkt Veränderungen. Doch eben nicht überall: Nach wie vor schweigen sich 178 der 200 grössten Schweizer Unternehmen zu Menschenrechten völlig aus oder üben sich in Lippenbekenntnissen, die nicht überprüfbar sind. Darum setzen die Hilfswerke nun zusätzlichen Druck auf, in geballter Form: Die Konzernverantwortungsinitiative will hiesige Grossunternehmen künftig gesetzlich verpflichten, Sorgfaltsprüfungen durchzuführen. Nicht nur die Mutterfirma, auch alle Tochterfirmen, Zulieferer und alle Transaktionen im Ausland sollen mittels der Sorgfaltsprüfungspflicht auf ihre Menschenrechts- und Umweltverträglichkeit hin durchleuchtet werden. Kommt es zu Schadensfällen, sollen die Betroffenen vor Schweizer Gerichten klagen können. Die Mutterkonzerne wären für die von ihr kontrollierten Unternehmen haftbar und müssten vor Gericht ihre Unschuld beweisen. Die Initiative basiert auf den *UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*. Rechtlich geht sie weiter als beispielsweise vergleichbare Gesetzesverordnungen der EU. Derzeit prüft der Ständerat einen abgemilderten Gegenvorschlag. →S.18

Die Konzernverantwortungsinitiative trifft einen Nerv. Über hundert zivilgesellschaftliche Organisationen mit viel Mobilisierungspotenzial haben sich für dieses Vorhaben zusammengeschlossen. Kirchliche AkteurInnen spielen dabei eine bedeutende Rolle: Fastenopfer, Brot für alle und Comundo gehören zu den Trägern der Initiative, unterdessen unterstützen sie fünfzig weitere Organisationen aus dem kirchlichen Kontext. Eine eigene Homepage *www.kirchefuerkovi.ch* wirbt für die Initiative. Zwar sind auf der interaktiven Karte Kirch- und Pfarrgemeinden, die die Initiative aktiv unterstützen, noch eher rar gesät, dafür werben bereits mehrere hundert

Privatpersonen für das Ansinnen. Prominenteste kirchliche Aushängeschilder der Initiative sind die katholischen Bischöfe Felix Gmür und Markus Büchel. Auch erste reformierte Kantonalkirchen unterstützen die Initiative. Die gesamtschweizerischen Gremien der Bischofskonferenz (SBK) und des Evangelischen Kirchenbunds (SEK) beziehen hingegen bisher nicht Stellung.

Das hohe Lied der Freiwilligkeit

Der Druck der InitiantInnen macht Eindruck. So hüten sich selbst WirtschaftsführerInnen davor, etwaige Probleme in Abrede und das Grundanliegen der Initiative in Frage zu stellen. Während die Hilfswerke systematische Verletzungen von Menschenrechten und Umwelt sehen, spricht die Wirtschaft allerdings von einzelnen schwarzen Schafen. Eine «Verrechtlichung» schaffe grössere Probleme als sie löse, meint der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, der rund 100 000 Schweizer Firmen vertritt. Er bekämpft die Initiative insbesondere mit der Behauptung, sie führe das Prinzip der Beweislastumkehr ein: «Das schafft ein gefährliches und weltweit einmaliges Einfallstor für Klagen gegen Schweizer Unternehmen», befürchtet Economiesuisse-Sprecher Adrian Michel. «Die Kombination aus Haftung und Beweislastumkehr ist toxisch und führt zur Erpressbarkeit.» Nationalrätin Christa Markwalder (FDP) widersprach in dieser Frage allerdings als Kommissionssprecherin im Nationalrat deutlich: «Die oft kritisierte Beweislastumkehr ist denn auch nicht so absolut wie oberflächlich vermutet.» KlägerInnen hätten die Voraussetzungen für eine Haftung zu beweisen, namentlich die tatsächliche Kontrolle der Mutter- gegenüber der Tochtergesellschaft, den Schaden und die Widerrechtlichkeit. Zudem müsse die klagende Partei ein schutzwürdiges Interesse an der Klage aufzeigen, und die Sache dürfe nicht anderweitig hängig oder bereits rechtskräftig entschieden worden sein. Markwalder bilanzierte: «Mit einer Klageflut gegen in der Schweiz beheimatete Konzerne rechnet die Kommission deshalb überhaupt nicht.» Die Hilfswerke argumentieren darüber hinaus, dass die Initiative gar einen wirtschaftsfreundlichen Charakter habe: Denn sie würde «Wettbewerbsnachteile für diejenigen Unternehmen verhindern, die bereits Anstrengungen bezüglich Menschenrechten unternehmen».

Wie so oft bei wirtschaftspolitischen Vorlagen ertönt aus der Unternehmenswelt das Klagelied der Regulierungsdichte sowie das hohe Lied der Freiwilligkeit. Der Markt werde es richten: Je mehr es den Menschen nach ökologischen und fair produzierten Waren dürste, desto sauberer werde der Produktionsprozess. Tatsächlich gibt es auch einige Theologen, die den Unternehmen Fortschritte hinsichtlich ihrer Unternehmensverantwortung, neudeutsch: der *Corporate Social Responsibility (CSR)*, attestieren: «Besonders Firmen, die direkt mit Endkunden zu tun haben, arbeiten seit Jahren intensiv an der Thematik», anerkennt etwa Antonio Hautle. Der frühere Fastenopfer-Direktor ist heute Leiter des wirtschaftsnahen «UN Global Compact Network Schweiz», das Firmen ein Gütesiegel verleiht, wenn sie sich zur Einhaltung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Standards verpflichten – allerdings unkontrolliert und auf freiwilliger Basis. Zum Global Compact-Network gehört etwa die Migros.

Die Migros, die von ihren LieferantInnen die Einhaltung eines Verhaltenskodex verlangt, verfolgt die Diskussionen um die Konzernverantwortungsinitiative genau. Das Unternehmen halte grundsätzlich viel von Freiwilligkeit und unterstütze im Speziellen selbstregulierende Branchenlösungen, sagt Sprecherin Martina Bosshard: «Gleichzeitig sind wir uns aber bewusst, dass der Staat in gewissen Fällen Leitplanken setzen muss, wenn Marktteilnehmer nicht aus freien Stücken zu einem Engagement bereit sind.» Ebenfalls offen für eine gesetzliche Regelung zeigt sich das Möbelhaus Ikea. Angesichts der Komplexität des weltweiten Geschäftsgebarens, schreibt Mediensprecher Manuel Rotziger, könnten Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen nur dann wirksam bekämpft werden, wenn angemessene Sorgfaltsrichtlinien eingeführt werden. «Deshalb reichen freiwillige Initiativen nicht, um für alle Unternehmen die gleichen Spielregeln zu etablieren.»

Die Migros gehört zu jenen Unternehmen, die die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Konzernverantwortungsinitiative begrüssen. Das gilt auch für weitere Grossunternehmen wie den Möbelriesen Ikea oder den Dachverband GEM, der rund neunzig multinationale Unternehmen in der Westschweiz vertritt. Das verblüfft. Es stellt sich allerdings die Frage: Entspricht der Support wirklich einer inneren Überzeugung? Oder geht es nicht doch darum, den Rückzug der Initiative zu bewirken und damit einen möglicherweise heftigen und wirtschaftskritischen Abstimmungskampf zu verhindern? «Es ist sicher nicht reines Kalkül», glaubt Antonio Hautle.

Legalismus oder globales Recht?

Skeptischer sind andere Theologen: «Es ist leider so, dass für viele Firmen die Moral ohne genügende Rendite eine untergeordnete Rolle spielt. CSR-Anstrengungen werden als Schönwetterthema abgetan, dem man sich nur dann zuwendet, wenn die Kasse stimmt», sagt Christoph Weber-Berg, vormals Dozent für Wirtschaftsethik an der Zürcher Fachhochschule und heutiger Präsident der Reformierten Landeskirche Aargau. Grundsätzlich ist auch Weber-Berg für die freiwillige Wahrnehmung von Verantwortung. «Aber ich bin da realistisch genug: Es gibt zu viele Unternehmen, die ohne gesetzliche Vorschriften nichts oder viel zu wenig tun.» Weber-Berg hofft auf den Gegenvorschlag, andernfalls setze er sich für die Initiative ein: «Es darf nicht sein, dass Unternehmen, die von den Steuer- und Standortvorteilen der Schweiz profitieren, im Ausland Rechte und Werte verletzen, die der rechtsstaatlichen und humanitären Tradition der Schweiz widersprechen. Solches Verhalten schädigt nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch den Ruf der Schweiz in der Welt.»

Stephan Wirz, Theologe und Wirtschaftsethiker an der Zürcher Paulus-Akademie, bezweifelt hingegen die Wirksamkeit einer zunehmenden Vergesetzlichung von Unternehmensverantwortung: «Die Grenzen menschlichen Erkennens sind nicht aus dem Blick zu verlieren: In der Unternehmenspraxis vermischt sich oftmals Gutes und Schlechtes. Entscheidungen und Handlungen bewirken in vielen Fällen nicht nur Gutes, sondern haben auch negative Nebenfolgen. Auch bei gewissenhaft durchgeführter Sorgfaltsprüfung lassen sich nicht alle Folgen einer Handlung abschätzen und alle Risiken erfassen». In den letzten Jahren seien die gesetzlichen Vorschriften für Unternehmen sowie deren Compliance-Abteilungen, die die Einhaltung der Regeln überwachen, laufend ausgebaut worden. Diese Sicherheitskultur habe einen Legalismus hervorgebracht, nicht aber unbedingt eine höhere ethische Kompetenz der Unternehmen, LieferantInnen und MitarbeiterInnen. Dagegen sollten Anliegen des Menschenrechts- und des Umweltschutzes noch stärker Teil des Qualitätsmanagements werden, das es auf technischer Ebene ohnehin mit den LieferantInnen gibt. «Ein solches ‹learning by doing›, nah beim Lieferanten, nah beim Kunden, ist

Im Land der Konzerne

Im Kanton Zug geht die Kirche mit den Grossunternehmen pfleglich um. Raum für Kritik bleibt wenig.

Roche, Nestlé, Sika, Biogen, Glencore ... Die Liste illustrer Unternehmen, die im Kanton Zug den Konzernsitz oder den Schweizer Hauptstandort haben, ist lang. Allein im Bereich Rohstoffhandel sind hundert Unternehmen im Kanton Zug ansässig. Sie alle zahlen sehr niedrige Steuern, mit der Unternehmenssteuerreform III sollen es mit 12 Prozent wieder die tiefsten Steuern der Schweiz sein. Für Kanton und Kommunen ergibt das im langjährigen Mittel viel Geld.

Kirchenrat gegen Konzernkritik

Von den üppigen Firmensteuereinnahmen profitieren auch Pfarreien und Kirchgemeinden. Und geraten damit in einen Zwiespalt: Hier die kirchlichen Hilfswerke, die sich für die Konzernverantwortungsinitiative stark machen, dort ihre massgeblichen Financiers, die diese mehrheitlich ablehnen. Entsprechend vorsichtig nähert sich die Kirche wirtschaftlichen Fragen. Davon kann Berty Zeiter ein Lied singen: Die langjährige Kantonsrätin der «Alternativen – die Grünen» und aktive katholische Christin wollte im Pfarreiheim von Baar mehrmals Veranstaltungen organisieren, in denen Direktbetroffene aus Südamerika und Afrika von Auswirkungen der Glencore-Geschäftspraxis berichtet hätten. «Dazu gab mir der Kirchenrat die Erlaubnis nicht», berichtet Zeiter, «mit der versteckten Begründung, dass die grossen Firmen auch für sie wichtige Steuerzahler seien und dass die Konzerne dies als Affront verstehen könnten.»

Gerne delegieren Zugs Pfarreien das heisse Eisen an das 2009 geschaffene «Forum Kirche und Wirtschaft». Die Zuger Fachstelle wird von Christoph Balmer geleitet. Er ist kein Theologe, sondern gelernter Buchhändler und Betriebsökonom, überaus aktiv in der Kulturszene, ein Zuger Hansdampf-in-allen-Gassen. Aushängeschild der Fachstelle sind Debattierabende, bei denen auch schon so bekannte wie gegensätzliche Charaktere wie der frühere UBS-Chef Oswald Grübel und Martin Werlen, vormaliger Abt des Klosters Einsiedeln, aufeinandertrafen.

Glencore spricht

Das Forum will KirchenvertreterInnen die Welt der Wirtschaft ebenso näherbringen (Balmer:

vielleicht wenig spektakulär, aber wirkungsvoller», ist Wirz überzeugt. «Es schafft positive Anreize und erlaubt in einem geschützten Rahmen auch, Fehler zu machen und diese zu korrigieren, ohne gleich Angst haben zu müssen, vor den Kadi zu kommen.»

Wirz hält den Weg der Konzernverantwortungsinitiative auch deshalb für problematisch, weil sie «die relativ heile Schweizer Situation per Dekret in alle übrigen Länder der Welt übertragen» will. Die zu erwartenden Gerichtsfälle seien ein Eingriff in die Souveränität anderer Länder mit einer schwierigen Beweiserhebung. Die InitiantInnen widersprechen dem in ihren Verlautbarungen grundsätzlich: Verantwortlich gemacht werden könnten immer nur in der Schweiz Konzerne mit Sitz in der Schweiz. Und ausserdem würde die Schweiz mit einem Verfassungs- oder Gesetzestext zur Konzernverantwortung die internationale Rechtsentwicklung mitvollziehen. Für einmal wäre sie Pionierin und würde nicht wie in anderen Fällen, etwa im Finanzbereich, erst unter massivstem internationalem Druck handeln.

Gestritten wird also bei der Konzernverantwortungsinitiative insbesondere über Fragen der Haftung und der Rechtssicherheit. Das Instrument der Sorgfaltsprüfung an und für sich ist unter WirtschaftsethikerInnen und bis weit in Wirtschaftskreise hinein anerkannt. Risiken identifizieren, Massnahmen ergreifen, öffentliche Berichterstattung: Nach diesem Dreischritt, wie ihn die *UNO-Leitprinzipien* für Sorgfaltsprüfungen definieren, funktionieren bereits heute die Compliance-Abteilungen der meisten grossen Unternehmen. Insbesondere der dritte Punkt ist aber ausbaufähig: «Die Pflicht zu Transparenz und Berichterstattung wäre wichtig», sagt auch Antonio Hautle. So oder so werden Hilfswerke und andere NGOs aber durch den Prozess, den die Konzernverantwortungsinitiative ausgelöst hat, weiter bestärkt, Unternehmen auf die Finger zu schauen, Missstände aufzudecken und öffentlichen Druck ausüben. So wie sie es mit Glencore, Syngenta oder LafargeHolcim bereits erfolgreich tun.

○ Remo Wiegand, *1976, ist katholischer Theologe und freier Fachjournalist für Theologie und Kirche in Luzern.
www.remowiegand.ch

«Kirchliche Menschen sind hier manchmal etwas weltfremd»), wie es WirtschaftsvertreterInnen aus ihrer etwaigen Entrücktheit von der realen Welt der meisten Menschen ins Diesseits offener Debatten holen will. So trafen sich im Mai 2018 auch VertreterInnen von Glencore und der katholischen und der reformierten Kirchen, dies bereits zum fünften Mal. Ein Gesprächstraktandum war auch die Konzernverantwortungsinitiative. «Unsere Kirchenvertreter haben das ethische Anliegen der Initiative sehr deutlich vertreten», so Balmer. Glencore habe demgegenüber seine ablehnende Position begründet. Druckversuche oder gar Drohungen seitens des Konzerns an die finanziell abhängige Kirche habe es keine gegeben.

Die regelmässigen Gesprächsrunden passen zur neuen Strategie der grossen Unternehmen, vorab der vielkritisierten Rohstoffhandelsunternehmen. «Durch die vermehrte Kritik haben sie in den letzten Jahren eine offensivere Haltung entwickelt. Sie machen viel mehr PR- und Öffentlichkeitsarbeit», stellt auch Berty Zeiter fest, die mittlerweile als einzige linke Frau im Baarer Gemeinderat sitzt. So treten die Unternehmen einerseits als Sponsoren von lokalen Veranstaltungen auf, zum anderen suchen sie das Gespräch mit ausgewählten Gruppen und der Öffentlichkeit. 2018 war die Glencore-Personalchefin gar offizielle Rednerin der Baarer 1. August-Feier. Die Rohstofffirmen könnten einem gewissen Rechtfertigungsdruck nicht mehr ausweichen, ist Zeiter überzeugt. «Kontroverse Auseinandersetzungen auf gleicher Augenhöhe mit KritikerInnen sind allerdings selten.»

Standortvorteil Diskretion

Zeiter hegt grosse Sympathien für die Konzernverantwortungsinitiative. Und welche Haltung vertritt das «Forum für Wirtschaft und Kirche»? «Wir positionieren uns nicht offiziell. Die Politik überlassen wir den Hilfswerken», gibt sich Forumsleiter Christoph Balmer bedeckt. Eine Diskretion, die sich in die Mentalität der DurchschnittszugerInnen einreiht. «In Zug wird nicht gepoltert. Pointierte Meinungen werden wenig vertreten», bestätigt Balmer. Die Zuger Grossunternehmen profitieren auch von diesem Standortvorteil des Kantons.

Remo Wiegand